



Öffentliche Züchtigung durch Anhänger von Maulana Fazlullah: Jeden Tag erlassen die Gotteskrieger neue Regeln

PICTURE-ALLIANCE / DPA

PAKISTAN

# Siegeszug der Taliban

Im malerischen Swat-Tal am Himalaja kapituliert die Atommacht vor den Islamisten und ermutigt damit die Radikalen in der ganzen Region. Militär und Regierung müssen hilflos zusehen, wie die Extremisten ihr Terrorregime errichten und das Krisenland weiter schwächen.

Die Niederlage wurde gefeiert wie ein Sieg. In seinem Amtssitz in Peschawar empfing der Regierungschef der Nordwest-Grenzprovinz eine Abordnung heimischer Taliban zu einem Festakt: Ein Abkommen sollte geschlossen werden. Die Religiösen mit langem Bart und ausladender Kopfbedeckung fuhren in großen Limousinen vor, wurden auf samtigen Fauteuils plaziert und von silbernen Tablettbedienten bedient.

Dann erhielten die frommen Feinde der Regierung in Islamabad ein begehrtes Stück Pakistan zum Geschenk.

Den Taliban, so sieht es ein feierlich beschworener Vertrag vor, ist es künftig er-

laubt, im Swat-Tal und anderen angrenzenden Distrikten am Fuß des Himalaja nach ihrer Interpretation der islamischen Gesetze Recht zu sprechen. „Heute ist ein historischer Tag“, mühte sich der Chef der Provinzregierung Ameer Haider Khan Hoti, der Machtübernahme der Taliban etwas Gutes abzugewinnen. „Eine alte Forderung unserer Bürger ist in Erfüllung gegangen, die neue Regelung wird ein effizienteres Rechtssystem bringen.“

Das war dreist gelogen, denn die Aussicht, dass im Swat-Tal Dieben künftig die Hände abgehackt werden und Ehebrecher womöglich mit Steinigung rechnen müssen, schockte die meisten Pakistaner.

Mit seinen sonnigen Skipisten und den eleganten Hotel-Resorts war das Swat-Tal in der Region von Malakand eine der großen Touristenattraktionen Pakistans. Der hohe Himmel ist fast immer wolkenlos blau, und die vereisten Gebirgshänge scheinen zum Greifen nah. Swat liegt nur rund 250 Kilometer nördlich der Hauptstadt Islamabad, vor allem wohlhabende Großstädter genossen hier die frische, klare Luft oder wanderten an Gebirgsbächen durch Aprikosenhaine.

Mit den eifernden Taliban hatten auch die Bewohner des Tals eigentlich nichts im Sinn. Erst im vergangenen Jahr wählten die Bürger die Islamisten ab und stimmten

mit großer Mehrheit für eine säkular-liberale Partei, die Awami National Party. Nun also wurden sie, mit Zustimmung der Armee und des Präsidenten Asif Ali Zardari, den Taliban ausgeliefert.

Die Nachricht von der Übernahme des Swat-Tals durch radikale Islamisten alarmierte auch den Rest der Welt. Der amerikanische Sondergesandte für die Region, Richard Holbrooke, hatte Pakistan nach seinem ersten Besuch gerade erst verlassen, als ihn im Nachbarland Indien die „erschreckende“ Nachricht erreichte. Nun zeige sich, sagte Holbrooke, dass Indien, Pakistan und die USA einem gemeinsamen Feind gegenüberstehen, der „eine direkte Gefahr für unsere großen Städte, unsere politischen Führungen und unsere Völker darstellt“. Nachdem die Taliban schon in Afghanistan amerikanische und Nato-Truppen immer härter und erfolgreicher bedrängen, scheinen sie auch in Pakistan auf dem Siegeszug zu sein.

Zwar versuchte Präsident Zardari in Islamabad seine Niederlage zu kaschieren und wies darauf hin, dass die Radikalen mit dem Abkommen auch die Waffen niederlegen sollen. Doch an einen dauerhaften Waffenstillstand glaubt kaum jemand: „Die Taliban rüsten wieder auf“, geben selbst Regierungsbeamte in der betroffenen Region zu. Faktisch hat der Atomstaat Pakistan die Oberhoheit über ein Herzstück des Landes aufgegeben.

Schon seit 2007 herrscht Kriegszustand im einstigen Paradies Swat. Das Militär schickte insgesamt 12 000 Soldaten und versuchte den Einfluss der Extremisten zurückzudrängen. Viel Blut wurde vergossen. Mindestens 1200 Zivilisten starben bei den Gefechten, aber auch 180 pakistanische Soldaten. Das Ergebnis der Militäroperationen war dennoch fatal: Heute kontrollieren die Taliban über 80 Prozent der Region Malakand, vor einem Jahr waren es nur wenige Dörfer.

Am meisten leiden die Zivilisten. „Die Armee forderte uns auf, das Dorf vor den Kämpfen zu verlassen, die Taliban zwangen uns dagegen, dort zu bleiben“, berichtet am Telefon ein verzweifelter Hotelbesitzer aus einem Dorf nahe Malam Jabba, früher ein beliebter Skiort. Wie 10 000 andere Vertriebene kam er vorläufig bei Verwandten unter, will seine Heimat jedoch so bald wie möglich ganz verlassen. Um zu überleben, würden sich immer mehr Bewohner aus Swat den Taliban unterwerfen, sagt der Unternehmer.

Viele behaupten sogar, das Militär habe die Taliban-Spitze bewusst verschont, weil die Armee deren Kommandeure nicht noch weiter gegen sich und die Regierung aufbringen wolle. Andere glauben, die Sicherheitskräfte hätten gegen die 3000 bewaffneten Extremisten keine Chance gehabt. Beide Ansichten sind vermutlich richtig. Schon längst haben die Taliban in der Bergidylle ein Terrorregime errichtet.



ALAMY / MAURITIUS IMAGES



ATLAS PRESS / INTERDIGS



DER SPIEGEL

**Swat-Fluss (bei Chakdara), Islamist Fazlullah: Ankläger und Richter zugleich**

Wenn die Sonne im Swat-Tal sinkt, schleichen sich kleine Gruppen von Männern ins Haus von Khalil Mullah. „Khalil“ ist arabisch und heißt Freund. Die Besucher sind Spione der Taliban. Sie tragen dem jungen Taliban-Führer Khalil zu, wer heute in ihrem Einflussbereich wieder die Gesetze Allahs gebrochen hat, wer ausgelassen tanzte, sich den Bart rasieren ließ, die Ehe brach oder Sympathien für die Regierenden in Islamabad zeigte, kurz: wer ein Verräter ist.

Abends gegen acht beginnt Khalil Mullah seine tägliche Radio-Show. Dann lauschen die Bewohner der derzeit verschneiten Gebirgsebene den religiösen Ansprachen auf dem Taliban-Sender FM 91, bis die Namen kommen. Als sei er Richter und Ankläger in einem, gibt Khalil Mullah bekannt, wer zu einer Verhandlung vor dem Scharia-Gericht der Taliban zu erscheinen hat – und wer bereits verurteilt ist.

Die Leichen dieser Unglücklichen finden die Menschen am Morgen auf dem Marktplatz von Mingora, an den Beinen aufgehängt, die Köpfe abgeschnitten und auf die Fußsohlen gelegt, als letzte Schmach für die Toten. Darunter ein Schild: „Wer es wagt, diese Spione und Verräter abzunehmen oder zu begraben, dem droht die gleiche Strafe.“

Angeführt werden die Extremisten von einem selbsternannten Geistlichen, der früher als Hilfsarbeiter an einem Skilift arbeitete, dem 33-jährigen Maulana Fazlullah. Die Leute von Malakand nennen ihn nur den „Radio-Mullah“. Denn es war Fazlullah, der sein Terrornetz zuerst über den Äther aufspannte.

Über seinen Sender versprach er den von der korrupten und schleppenden Verwaltung Pakistans enttäuschten Bürgern mehr Effizienz und Gerechtigkeit. Doch schnell wurde aus der Sendestation eine Art Parallel-Regierung. Jeden Tag erlassen Fazlullahs Gotteskrieger neue Regeln, ihre eigene Interpretation der Scharia. Inzwischen dürfen Frauen bei Todesstrafe keine Märkte mehr besuchen und Mädchen nicht mehr in die Schule gehen. Polizisten werden die Ohren abgeschnitten, wenn sie den Befehlen Islamabads folgen.

Die Todeslisten umfassen unterschiedslos alle Mitglieder der Gesellschaft. Friseur oder Lehrer gehören ebenso zu ihren Opfern wie Stammesälteste und liberalere Geistliche, die sich Fazlullah widersetzen.

Darüber, wie weit die Machtergreifung der pakistanischen Taliban bereits fortgeschritten war, hatten sich die Politiker in Islamabad noch lange Illusionen ge-

macht. In einem Interview mit dem US-Fernsehsender CBS bekannte Zardari vor wenigen Tagen, dass er über das Ausmaß der Probleme im Norden getäuscht worden sei. Alle hätten die Gefahr „geleugnet“ und behauptet, die Taliban seien schwach: „Man sagte mir, sie wären nie in der Lage, uns herauszufordern.“

Zardaris bittere Erkenntnis fügt sich in das Bild, das sich auch der ehemalige Direktor des US-Geheimdienstes NSA, Mike McConnell, in Pakistan machen konnte. Voriges Jahr traf er sich mehrfach mit der Militärführung in Islamabad. Dabei offenbarte ihm ein pakistanischer Zwei-Sterne-General, warum die Armee, seit je die dominierende politische Macht in Pakistan, die Taliban auf Weisung der Politiker zwar bekämpft, sie gleichzeitig aber auch heimlich fördert.

Die Kalkulation der Offiziere: Auf lange Sicht werden die USA nicht in Afghanistan bleiben. Wenn sie aber abziehen, werde Indien in das Machtvakuum vorstoßen. Deshalb dürften die Pakistaner den Kontakt mit der afghanischen Opposition, den Taliban, nicht aufgeben. „Wir müssen die Taliban unterstützen“, zitiert der „New York Times“-Autor David Sanger den General in seinem gerade erschienenen Buch über das außenpolitische Erbe, das Barack Obama nun antreten muss.

Noch immer fürchtet die pakistanische Armee einen Konflikt mit Indien mehr als den islamistischen Terror im eigenen Land. Dafür nimmt sie die schleichende Talibanisierung in Kauf, lässt beispielsweise zu, dass Frauen in Restaurants oder Schneidereien als Kunden nicht mehr akzeptiert werden, selbst in der liberalen Großstadt Lahore, wo viele Intellektuelle leben.

Viele Bürger von Mingora im Swat feiern dennoch auf den Straßen und beschenken sich gegenseitig mit Süßigkeiten. Nach dem Blutvergießen der vergangenen Monate schien ihnen der Frieden zu fast jeder Bedingung recht.

Der Chefunterhändler der Taliban, der 77-jährige Islamist Sufi Mohammed, ist der Schwiegervater von Maulana Fazlullah, dem grausamen Herrscher von Swat. Er zieht inzwischen mit einer sogenannten Friedenskarawane durch die Dörfer, um den Triumph der Scharia über das weltliche Recht zu feiern. In Islamabad hofft die Regierung, dass der etwas mildere Alte einen mäßigen Einfluss auf den machthungrigen Fazlullah ausüben wird.

Doch zu großer Hoffnung besteht wenig Anlass. Wie alle Islamisten ist auch Sufi Mohammed ein unversöhnlicher Feind der Demokratie, die er schon immer als ein System ansah, „das uns von den Ungläubigen aufgezwungen wurde“. Auf seiner Tour durch das Swat-Tal erklärt er wieder und wieder: „Der wahre Islam erlaubt weder Wahlen noch Demokratie.“

SUSANNE KOELBL



Häftling Mohamed, Gefangenenlager Guantanamo: Mit Lederriemen an den Handgelenken

TERRORISMUS

## Was wusste Tony Blair?

Im Fall eines britischen Guantanamo-Häftlings lässt sich womöglich nachweisen, dass die Regierung in London Verschleppung und sogar Folter widerspruchslos hingenommen hat.

Der Guantanamo-Häftling Nr. 1458 führt seit Wochen Tagebuch. Für Sonntag, den 25. Januar dieses Jahres, steht dort: „8.25 Uhr, Abtransport zur Zwangsernährung. Blutdruck 86 zu 52, Puls 62. Der Arzt sagt, mein Blutdruck ist ok, obwohl zu niedrig. Gewicht: 58,6 Kilo inklusive Fußfesseln.“

Schon seit Dezember befindet sich Binyam Mohamed im Hungerstreik, um gegen seine andauernde Inhaftierung zu protestieren. Der zuständige Militärstaatsanwalt in Guantanamo hatte bereits im Oktober alle Anklagepunkte gegen ihn fallengelassen und später erklärt, der 30-jährige Äthiopier mit dem Status eines „British Resident“ stelle keine Bedrohung mehr dar – nicht für die USA und nicht für Großbritannien.

Mitte der Woche saß Mohamed aber weiterhin in Guantanamo und wog nur noch knapp 55 Kilogramm bei einer Körpergröße von 1,87 Meter. Seine Arme sähen aus wie „kleine dünne Zweige“, sagte die amerikanische Militäranwältin Yvonne Bradley, die Angst hat, ihr Mandant könne das Gefangenenlager nach fast sieben

Jahren Haft womöglich „in einem Sarg verlassen“.

Denn Mohamed weigerte sich immer noch zu essen, obwohl seine Freilassung bereits unmittelbar bevorstand. Eigens für ihn war am 14. Februar eine britische Delegation mit einem Mediziner auf die Insel geflogen, um seine Transportfähigkeit zu beurteilen. Überdies hat Außenminister David Miliband seinen Fall gerade für besonders dringlich erklärt. Doch nach mehr als 2000 Hafttagen mochte Mohamed einfach nicht mehr an Versprechen glauben.

Dabei ist er wohl der erste Gefangene, der unter der neuen US-Regierung Guantanamo verlassen darf. Für Barack Obama gerät der Äthiopier aus Großbritannien zu einem Testfall, an dem sich messen lässt, wie glaubwürdig die Ankündigungen des neuen Präsidenten sind, den Rechtsverirrungen der Bush-Regierung ein Ende zu setzen.

Der Fall Binyam Mohamed könnte aber auch der erste sein, an dem sich nachweisen lässt, dass die britische Regierung Verschleppung und Folter von Gefangenen durch US-Geheimdienste jahrelang still-